

„Unterstützung der Proteste im Iran“

LJKa-WV IV am
2.-3.12.2022 in
Neuendettelsau

Am 16. September starb die 22-jährige Iranerin Jina Mahsa Amini in einer Klinik, nachdem sie festgenommen wurde und in einer Polizeiwache ins Koma gefallen war. Ihre Festnahme durch die iranische Sittenpolizei in der Hauptstadt Teheran geschah, weil sie ihr Kopftuch (Hidschab) nicht korrekt getragen hatte.¹

Die Kopftuchpflicht für Frauen gehört zu den Grundfesten des Landes. In den vergangenen Jahren lehnten sich viele jüngere Iranerinnen auf sozialen Netzwerken dagegen auf, doch die Frauenbewegung im Iran hat eine noch längere Tradition. Seit der islamischen Revolution von 1979 wurden Frauenrechte stark eingeschränkt und der Schleierzwang für Frauen in der Öffentlichkeit durchgesetzt. Die heutige Sittenpolizei, die für die Durchsetzung der Regeln sorgt, existiert seit 2005. Der Zwang zum Kopftuch und das Ausloten der Grenzen dieses Verbots sind seit vielen Jahren Teil der Frauenbewegung. Diese hatte aber auch einen maßgeblichen Anteil an anderen massiven Protesten, wie der „Grünen Revolution“.¹

Seit dem Tod von Jina Mahsa Amini kommt es zu landesweiten Protesten gegen das autoritäre Regime, welches seit der islamischen Revolution an der Macht ist. Angeprangert werden die Polizeigewalt und vor allem die moralischen Vorstellungen und deren skrupellosen Umsetzung der Staatsführung. Der Protest gegen die repressive und frauenverachtende Politik der Islamischen Republik ist eine grundlegende Kritik am politisch-religiösen System Irans.

Das Regime geht mit Gewalt und massenhaften Inhaftierungen gegen die Protestierenden vor. Seit Beginn der Proteste wurden mehr als 300 Menschen getötet und mehr als 14.000 verhaftet.² Vielen dieser Inhaftierten droht nun die Todesstrafe, weil ihnen einen „Krieg gegen Gott“ vorgeworfen wird. Bei Verurteilung ist mit Verbannung, Amputation einer Hand und eines Fußes oder gar mit Hinrichtung zu rechnen.³

Die massive Gewalt gegen die Protestierenden stellt einen klaren Verstoß gegen die Menschenrechte dar und wird bereits vom UN-Menschenrechtsrat verurteilt.

1: Bundeszentrale für politische Bildung: „Iran: Anhaltende Proteste nach dem Tod von Jina Mahsa Amini“ <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/514577/iran-anhaltende-proteste-nach-dem-tod-von-jina-mahsa-amini/#node-content-title-2>

2: Bundesregierung: „Sondersitzung im UN-Menschenrechtsrat zur Lage im Iran“ (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/sondersitzung-un-menschenrechtsrat-2145092>)

3: mdr: „Droht Tausenden Menschen im Iran die Todesstrafe?“ (<https://www.mdr.de/nachrichten/welt/politik/iran-proteste-todesstrafe-mohareb-100.html>)

In den Menschenrechten und der Menschenwürde finden die Werte der Evangelischen Jugend in Bayern ihren Ausdruck. Mit großer Sorge nehmen wir die Menschenrechtsverletzungen in der massiven Gewalt gegenüber der Bevölkerung des Irans und der systematischen Unterdrückung der iranischen Frauen und anderen diskriminierten Bevölkerungsgruppen wahr. Als zivilgesellschaftliche Akteur:innen sehen wir es als unsere Aufgabe, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, auf die massiven Menschenrechtsverletzungen im Iran aufmerksam zu machen und diese aufs schärfste zu verurteilen.

Als Evangelische Jugend in Bayern stellen wir uns deshalb hinter die Frauen, Männer, Kinder, Kurd:innen, LGBTIQ* Community, religiös Verfolgte, Oppositionelle und alle anderen politisch diskriminierten Individuen und Gruppen, gegen die das autoritäre Regime mit massiver Gewalt vorgeht.

Wir rufen auf zum Hinschauen und Eintreten und fordern:

- Hinschauen statt wegsehen: Die Situation der Protestierenden im Iran und die massiven Repressionen, die diese erfahren, erfordern unsere volle Aufmerksamkeit als westliche Gesellschaft. Es ist essenziell, dass wir den Protestierenden durch unsere Unterstützung international Gehör verschaffen.
- Abschiebestopp sichern: Der Abschiebestopp in den Iran, wie die bayerische Staatsregierung beschlossen hat, ist unerlässlich und muss fortbestehen.
- Sanktionen verstärken: Eine Ausweitung des Personenkreises im Mullah-Regime, der von den Sanktionen betroffen ist.
- Menschenrechte wahren: Die Untersuchung und Ahndung von Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Proteste müssen konsequent stattfinden.

Wir fordern alle politischen und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen auf, sich mit den friedlich Protestierenden zu solidarisieren und für die Einhaltung der Menschenrechte im Iran bestmöglich einzutreten. Auch als Evangelische Jugend möchten wir hierfür alle unsere Kanäle nutzen.

Abstimmung: einstimmig